Das Leiden an der Ökonomie ohne Menschlichkeit – Mythos und Krise: warum die reiche Gesellschaft Armut und Arbeitslosigkeit produziert und was dagegen zu tun wäre

Karl Georg Zinn
2005

Die Themenstellung meines Vortrags signalisiert, dass es um eine kritische, gelegentlich auch polemische Sicht auf unser Wirtschaftssystem, die kapitalistische Konkurrenzwirtschaft, geht. Deshalb sei zu Beginn erwähnt, dass die innere Dynamik dieses Wirtschaftssystems seit gut 200 Jahren zu einer historisch beispiellosen, explosionsartigen Zunahme des Volkseinkommens geführt hat. Der Einkommensanstieg bildete die unabdingbare Voraussetzung für den inzwischen erreichten Massenwohlstand. Es besteht jedoch das grundsätzliche Problem der kapitalistischen Wirtschaft , dass die Produktion steigenden Reichtums keineswegs automatisch auch in Massenwohlstand transformiert wird. Vielmehr musste von Anbeginn an um die gerechte Verteilung der arbeitsteilig produzierten Wertschöpfung gekämpft werden. An diesem Grundsachverhalt hat sich dauerhaft nichts geändert. Die Verteilungsfrage bildet nach wie vor die Achillesferse des Kapitalismus, und das Verteilungsproblem steht daher im Mittelpunkt der folgenden Ausführungen.- Eine zweite Vorbemerkung sei hinzu gefügt. Auf einem endlichen Planeten kann es kein endloses Wachstum geben. Deshalb ist die Erwartung illusionär, sozialökonomische Probleme ließen sich immer wieder durch weiteres Wirtschaftswachstum lösen. Vielmehr sind die reichen, hoch entwickelten Länder gehalten, sich längerfristig, d. h. auf ein bis zwei Generationen gesehen, vom Wachstumsfetisch zu verabschieden. Hierfür gibt es zwei handfeste Gründe: Erstens verlangen die Erschöpfung natürlicher Ressourcen sowie die Umweltzerstörung, die hierdurch gezogenen Grenzen des Wachstums rechtzeitig zu beachten (Arbeit und Ökologie, 2000). Zweitens – und darauf wird im Verlauf des Vortrags noch etwas genauer eingegangen - sinkt der Beitrag weiteren Wachstums zum gesellschaftlichen Wohlstand, d. h. zum Lebensglück und zur Zufriedenheit der Menschen, oder bleibt inzwischen ganz aus.

Der Vortrag umfasst acht Abschnitte und eine Schlussbemerkung. Die Überschriften sind als Thesen formuliert.

1. These: Wir erleben eine länderübergreifende Krise der kapitalistischen Ökonomie, aber es gibt große länderspezifische Unterschiede der Wirtschaftspolitik

Die gesamtwirtschaftliche Lage der meisten hoch entwickelten, reichen Volkswirtschaften ist seit längerer Zeit völlig unbefriedigend; in einigen Ländern kann sie als dramatisch bezeichnet werden. Qualitativ betrachtet stellen sich in fast allen Ländern die gleichen Probleme, aber ihr quantitatives Ausmaß weist länderspezifisch starke Unterschiede auf. So differieren etwa die Arbeitslosenquoten zwischen den Ländern der Europäischen Währungsunion (EWU) bis zu 150 %. Gerade beim Kernproblem der gegenwärtigen Krisenkonstellation, der Massenarbeitslosigkeit, zeigt sich also eine frappierende Spannbreite. Diese Unterschiede entstehen nicht zufällig. Vielmehr spiegeln sich darin auch historisch tief wurzelnde kulturelle Verschiedenheiten wider. Die relativ günstige Situation in skandinavischen Ländern, insbesondere in Schweden, wenn sie mit den mitteleuropäischen Ländern verglichen wird, dürfte ganz wesentlich mit der dort kulturell verankerten Solidaritäts-Ethik zu erklären sein (Hofstede, 2001; Heintze, 2ooo5). Andererseits besteht etwa in unserem Land die Neigung, wirtschaftliche Krisenerscheinungen, die nicht nur materielle Entbehrungen auferlegen, sondern tiefreichende menschliche und soziale Probleme hervorbringen, allein mit betriebswirtschaftlichen Instrumenten bewältigen zu wollen. Entgegen den Sonntagsreden steht bei einem erheblichen Teil der politischen und wirtschaftlichen Machteliten nicht der Mensch mit seinen individuellen und sozialen Lebensumständen im Mittelpunkt ihres Denkens, sondern die Erfordernisse der gewinnwirtschaftlichen Kapitalverwertung bestimmen ihre Entscheidungen und Handlungen. Aus dieser Einstellung resultieren dann auch Forderungen nach betriebswirtschaftlichem Denken an Orten, wo es um völlig andere, etwa pädagogische, medizinische, kulturelle Aufgaben geht. Es werden zeitraubende, demotivierende Kontrollen aufoktroyiert, um vermeintlichem ökonomischen Fehlverhalten zu begegnen, tatsächlich sollen aber Unterfinanzierung verschleiert, Druck ausgeübt und subalterne Anpassung erzwungen werden. Diese sporadische Erwähnung eklatanter Deformationen der notwendigen Freiräume für sachbezogenes, verantwortungsbewusstes Handeln mag hier genügen, um zu beleuchten, wie die *rein* betriebswirtschaftliche Ausrichtung gesellschaftlicher Prozesse das Gemeinwesen materiell und moralisch verkrüppelt. Daran lässt sich eine schleichende De-Zivilisierung erkennen, also nicht Zurückfallen auf frühere Entwicklungsstufen, sondern Niedergang – nicht Regression, sondern Demenz der politökonomischen Intelligenz.

Zurück zu den ökonomischen Indikatoren im engeren Sinn. Als Beleg für die Unterschiede zwischen den Ländern bei der Bekämpfung der Massenarbeitslosigkeit seien die Arbeitslosenquoten

der Länder der Europäischen Währungsunion, also eines geldpolitisch homogenen Wirtschaftsraums, für das vergangene Jahr (2004) angeführt (Tab. 1).

Tabelle 1: Arbeitslosenquoten der EWU-Länder 2004

LAND	ARBEITSLOSENQUOTE
Spanien	10,8
Griechenland	10.5
Frankreich	9.7
Deutschland	9.2
Finnland	8.8
Durchschnitt der EWU	**8,2**
Italien	8.0
Belgien	7.8
Portugal	6.7
Österreich	4.5
Irland	4.5
Luxemburg	4.2

Quelle; Bundesbank, 2005, S. 7*

Der Sachverhalt, dass qualitativ gleiche, aber in ihrer Größenordnung erheblich von einander abweichende Fehlentwicklungen in den verschiedenen Ländern vorliegen, vermittelt bereits eine äußerst wichtige Erkenntnis bezüglich der Krisenursachen. Wenn alle entwickelten kapitalistischen Marktwirtschaften über qualitativ ähnliche Missstände klagen, so dürfte dies an Funktionsmängeln des Wirtschaftssystems liegen. Da aber länderspezifisch doch hervorstechende quantitative Differenzen bei verschiedenen gesamtwirtschaftlich bedeutsamen Indikatoren vorliegen, so verweist das auf die gravierenden Unterschiede in den wirtschaftspolitischen Reaktionen. Kurz gesagt: Die Wachstums- und Beschäftigungskrise ist ein allgemeines Phänomen im gegenwärtigen Kapitalismus. Bei der wirtschafts- und gesellschaftspolitischen Bewältigung der Krisenerscheinungen zeigen sich hingegen deutliche Unterschiede von Land zu Land; ja sogar innerhalb eines Landes, wenn es zu einem markanten Politikwechsel kam. In Deutschland ist ein solcher grundlegender Wechsel der Wirtschaftspolitik seit 1982 ausgeblieben. In Frankreich gab es hingegen zeitweilig markante Veränderungen. Beispielsweise hatte die Jospin-Regierung (1997 – 2002) durch nachfragepolitische Maßnahmen und eine allgemeine Arbeitszeitverkürzung die Arbeitslosenquoten von 12.5 auf fast 8 % abgesenkt, und zwar bei höherem Wachstum als in Deutschland und ohne Einbußen im Export.

Um die qualitative Gemeinsamkeit der Problemkonstellation der Länder deutlicher zu konkretisieren, seien einige der augenfälligsten Mängel in Erinnerung gerufen:

- Massenarbeitslosigkeit – sie bildet das Schlüsselproblem, wie noch weiter auszuführen ist
- Anstieg der sozialen Armut
- Die als Umbau deklarierte Demontage des Sozialstaates, die mal mit der demografischen Entwicklung, dann wieder mit überzogenen Ansprüchen oder fehlender Bereitschaft zur Eigenverantwortung und Eigenvorsorge legitimiert wird
- Hohe, wachsende Staatsverschuldung, die weniger per se, sondern wegen der steigenden Zinslasten zu Bedenken berechtigt
- Aber auch Überschuldung vieler Privathaushalte
- Unzureichende öffentliche und private Investitionen und die damit provozierte Kumulation von Zukunftsrisiken[1]
- Klage in fast allen Ländern über angebliche Standortschwächen
- Regierungen, Unternehmerverbände und eine große Zahl von Wirtschaftsexperten pochen auf die Steigerung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit und plädieren für noch mehr Innovationen, geringere Arbeitskosten, Steuersenkungen für Unternehmen und Absenkung der sozialen und medizinischen Leistungen, um Kosten zu senken

Wie bemerkt, stellt die Massenarbeitslosigkeit das Kernproblem dar, und somit bildet die Ursachenanalyse der Massenarbeitslosigkeit auch die unabdingbare Voraussetzung für erfolgreiche Problemlösungen. Denn von der Beschäftigungskatastrophe ausgehend sind alle anderen wirtschaftlichen und auch die meisten sozialen Verwerfungen sowie ein erheblicher Teil des psychischen Unglücks in unserer reichen Volkswirtschaft zu erklären. Seit langem sind die gesundheitlichen Schäden und die sozialen Ausschließungsprozesse infolge von Arbeitslosigkeit bekannt. Der Anstieg der depressiv Erkrankten während der vergangenen beiden Jahrzehnte ist signifikant positiv mit dem Anstieg der Arbeitslosenquoten in den westeuropäischen Ländern korreliert. Die sozialpsychologischen Deprivationseffekte und der Abstieg in anomische Lebenslagen infolge von Arbeitslosigkeit verursacht erhebliche Kosten – nicht nur in Cent und Euro, sondern als Verlust von Lebensqualität und Menschenwürde.

Im Trend steigt die Massenarbeitslosigkeit seit mehr als zwei Jahrzehnten an. Die offizielle Arbeitslosenzahl der Bundesrepublik Deutschland bewegt sich im laufenden Jahr um den Wert von 4.5 Millionen Menschen, aber diese Ziffer bringt das tatsächliche Ausmaß dieser menschlichen,

[1] Als aktuelles Beispiel sei die Flutkatastrophe erwähnt, die New Orleans vernichtet hat. Die Katastrophe hätte verhindert werden können, wenn die notwendigen, technisch möglichen und von den zuständigen Bauingenieuren auch lange geforderten Infrastrukturinvestitionen in hinreichend sichere Schutzdämme realisiert worden wären. Doch die

sozialen und ökonomischen Misere völlig unzulänglich zum Ausdruck. Die so genannte *breite Arbeitslosigkeit* – ein Fachbegriff der Arbeitsmarktforschung – überschreitet die 7-Millionen-Schwelle. In der breiten Arbeitslosigkeit sind unter anderem die stille Reserve, die arbeitsmarktbedingten Frühverrentungen sowie die temporär in Umschulungs- oder Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen aufgenommenen Personen enthalten. Von der Arbeitslosigkeit betroffen sind nicht nur die Arbeitslosen selbst, sondern auch ihre Familien. Somit dürften über 20 Millionen Menschen in unserem Land, d. h. mehr als ein Viertel der Gesamtbevölkerung, direkt oder indirekt unter der Massenarbeitslosigkeit leiden. Massenarbeitslosigkeit bildet die Hauptursache für soziale Armut. Hierbei sind auch die indirekten Armutseffekte der Arbeitslosigkeit zu beachten. Arbeitslosigkeit drückt generell auf das Lohnniveau, so dass am unteren Ende der Einkommenspyramide Entgelte gezahlt werden, die auch bei Vollzeitbeschäftigung in vielen Fällen unter dem sozial angemessenen Lebenshaltungsniveau liegen. In extremem Maße ist dies in den USA der Fall, wo die „working poor" seit den 1980er Jahren zu einem Massenphänomen geworden sind.

Die vorgestellte Problemliste ist nicht vollständig, dürfte jedoch hinreichend verdeutlicht haben, dass die wirtschaftlichen und sozialen Krisenerscheinungen zwar grundsätzlich kein bundesdeutsches Spezifikum darstellen, aber in unserem Land doch besonders stark ausgeprägt sind. Diese Tatsache verweist auf die schweren wirtschafts- und sozialpolitischen Fehler der Verantwortlichen. Unsere Regierungen haben seit 1982 eine Wirtschaftspolitik praktiziert, die als *Angebotspolitik* bekannt ist und der neoliberalistischen Wirtschaftslehre Vorrang gibt[2]. Dieses wirtschaftspolitische Konzept wurde seit fast 25 Jahren schrittweise ausgebaut, ohne dass die versprochenen Erfolge eintraten. Angebotspolitisches Handeln ist zwar durchaus sinnvoll, um Innovationen und Investitionen zu fördern, aber es darf nicht derart einseitig und verengt erfolgen, wie dies in Deutschland der Fall ist. Die durchgängige Vernachlässigung, ja Diffamierung der Nachfrageseite bringt nämlich auch die Angebotspolitik um ihren Erfolg. Warum sollte beispielsweise die Produktionskapazität eines Unternehmens ausgeweitet, also das Angebot erhöht werden, wenn es an der Nachfrage fehlt? Auch die immer wieder angemahnten Innovationen stoßen auf nachfrage-

---

US-Regierung hatte die einschlägigen Zuweisungen an die Stadt New Orleans sogar gekürzt und in das Militärbudget umgelenkt.

[22] Der Begriff *Neoliberalismus* wird heute allgemein für die an die klassische Nationalökonomie (18./19. Jahrhundert) anknüpfende Auffassung verstanden, dass der marktwirtschaftliche Mechanismus eine Art „natürliche" Ordnung darstelle und sich ohne staatliche Regulierungen selbst auf ein „Optimum" bzw. Gleichgewicht zuwege. Insbesondere führe der Markt zu einer „gerechten" (gemeint ist: dem jeweiligen Verkaufserfolg am Markt gerechten) Einkommens- und Vermögensverteilung. Die Beziehungen der Menschen untereinander werden auf ihre Funktion als tauschwirtschaftlich agierende Subjekte reduziert, und es gelte, die tauschwirtschaftliche Kompetenz zu steigern. Auf dieser Linie wurde dann die als Angebotspolitik bezeichnete Konzeption einer einseitigen Förderung der Anbieter von Waren, einschließlich der Ware Arbeitskraft, praktiziert. Der zentrale beschäftigungspolitische Ansatz der neoliberalistischen Angebotspolitik besteht in der Senkung der Arbeitskosten im umfassenden Sinn (Löhne und Lohnnebenkosten) sowie Steuerminderung bei den Unternehmen und Besitzeinkommensempfängern als (potenzielle) Investoren. Die Möglichkeit einer unzureichenden Massenkaufkraft bzw. –nachfrage wird von dieser Position aus geleugnet. Vielmehr schaffe sich jedes Angebot automatisch seine Nachfrage, weil – so die Unterstellung – alle Ein-

seitige Barrieren. Kaufkraftschwache und von Arbeitslosigkeit bedrohte Haushalte sind keine „experimentierfreudigen" Verbraucher, die jedem neuen Produkt nachlaufen. Die Nachfrageseite angemessen zu berücksichtigen, hieße unter anderem, die Masseneinkommen wieder im Gleichschritt zum gesamtwirtschaftlichen Produktivitätswachstum ansteigen zu lassen, wie dies bis in die 1970er Jahre gelungen war. Dies würde auch die Einnahmesituation der Sozialversicherungen verbessern. Denn deren Finanzaufkommen hängt eben von der Entwicklung der Bruttoarbeitseinkommen ab. Nicht die Ausgaben der sozialen Sicherungssysteme stellen in Deutschland das eigentliche Problem dar, sondern wegen der Massenarbeitslosigkeit und der zu schwachen Lohnsteigerungen sind die Einnahmen unter das notwendige und volkswirtschaftlich mögliche Niveau gefallen.

Der Nachfrageseite der Volkswirtschaft wurde weder während der Regierungszeit von Bundeskanzler Kohl, noch danach unter Bundeskanzler Schröder sachgerecht gestützt. Im Gegenteil lief die Wirtschaftspolitik vorwiegend auf eine Beschneidung der binnenwirtschaftlichen Nachfrage hinaus. Die verschiedenen Steuersenkungen kamen in erheblichem Maße den höheren Einkommensschichten zugute, deren Konsumnachfrage wurde dadurch jedoch kaum gesteigert. Vielmehr bewirkten diese Maßnahmen eine weitere Umverteilung von unten nach oben und entzogen dem Staat in erheblichem Umfang laufende Einnahmen. Dies provozierte wiederum steigenden Kreditbedarf der öffentlichen Hände. Bei offenkundigem Versagen einer Therapie sollten eigentlich alternative Behandlungsmöglichkeiten gewählt werden. Doch das geschieht nicht. Wir müssen leider davon ausgehen, dass auch in den nächsten Jahren die notwendige Ergänzung der Angebotspolitik durch nachfragepolitische Strategien ausbleiben wird. Es bleibt also bei der einfältigen Maxime: Wenn die Medizin nicht geholfen hat, muss die Dosis erhöht werden.

2. These: Das von der Ökonomie bewirkte menschliche Leid steht nicht in den Unternehmensbilanzen

Die Wirtschaftskrise steigerte sich inzwischen zu einer gesellschaftlichen und politischen Krise. Ein zunehmender Teil unseres Gemeinwesens erfährt eine Absenkung des Lebensstandards, leidet unter Zukunftsunsicherheit, steht unter Dauerstress und die natürliche Folge dieser rasanten Umbrüche ist Angst – mit allen psychischen und pychosomatischen Folgen. Der durch sein Buch „Der flexible Mensch" auch bei uns recht bekannte amerikanische Soziologe Richard Sennett hat in seinem jüngst erschienenen Werk über „Die KULTUR des neuen KAPITALISMUS" (Sennett, 2oo5) die „frei flottierende Angst" als das charakteristische Merkmal der psychischen Verfassung der Menschen im „neuen" Kapitalismus herausgestellt. Damit ist zwar nicht gesagt, dass

---

kommen stets nachfragewirksam ausgegeben würden. Diese Behauptung geht auf den französischen Ökonomen Jean Baptiste Say zurück und ist bei den Ökonomen als „Saysches Theorem" bekannt.

Krisen des „alten" Kapitalismus keine kollektiven Ängste provoziert hätten, aber die aktuelle „Angst im Kapitalismus", um den Titel einer einst viel beachteten Studie von Duhm (Duhm, 1972) zu zitieren, hat insofern eine neue Dimension erreicht, als von ihr nicht mehr allein die unteren Gesellschaftsschichten erfasst werden, sondern – zumindest gilt dies für die USA, auf die sich Sennetts Untersuchung primär bezieht – auch der Mittelstand wird von Verunsicherung, wirtschaftlicher Bedrohung, Konkurrenz- und Abstiegsängsten heimgesucht. Das aktuelle Angstniveau hebt sich zudem sehr deutlich von der kollektiven Zukunftszuversicht und der beruhigenden relativen Zufriedenheit in den Aufstiegsjahrzehnten des „sozialen Kapitalismus" ab – eine ebenfalls von Sennett benutzte Bezeichnung für die sozial- bzw. wohlfahrtsstaatliche Konstellation während der ersten 30 Jahre nach dem Zweiten Weltkrieg. Auch damals gab es intensiven Wettbewerb, und Leistung stand hoch im Kurs, aber Konkurrenz wurde nicht in dem Maße für Machtzwecke instrumentalisiert wie dies gegenwärtig geschieht.

An die Stelle des früheren Wachstumswettbewerbs ist heute die Verdrängungskonkurrenz getreten. Auch das, was als Leistung gilt, unterliegt heute einer moralischen Deformation (Neckel et al., 2005). Geht es häufig doch nicht mehr um objektive Beurteilung tatsächlicher Leistungsunterschiede, sondern Leistung wird reduziert auf den Markterfolg, bei dem Zufälle, Schlitzohrigkeit, Hintergehungspraktiken, Manipulationstechniken und dergleichen eine immer stärkere Rolle spielen. Konkurrenzkonstellationen werden in den Unternehmen – und nicht nur dort - künstlich geschaffen, um Macht auszuüben. Wo früher Kooperation, Kollegialität und solidarische Hilfsbereitschaft bestanden (von der Schule über die Ausbildung bis zum Berufsfeld), werden heute nach dem Muster des „divide et impera" der Römischen Kaiser die Menschen gegeneinander ausgespielt. Die moralisch integre Leistungsbereitschaft und das auch sozial honorierte Bestreben, gute Arbeit abzuliefern, wird mehr und mehr von der Ideologie des bloßen Markterfolges infiziert. Im Extrem zeigt sich das bei den Spekulationsgeschäften: Leistung definiert sich dort nur nach dem schnellen finanziellen Gewinn, dem aber gar keine Wertschöpfung mehr zugrund liegt. Die Apotheose des Marktes wird dazu führen, dass Kindergartenkinder, Schüler, Studenten, Rat suchende Bürgerinnen und Bürger, Patienten, kurz: der Mensch per se auf die Rolle des tauschwirtschaftlichen Subjekts reduziert werden und nur noch als „Kunde", als Warenkäufer Anerkennung finden. Am Ende sind dann Bekannte, Freunde, Verwandte, ja die nächsten Familienangehörigen auch nur noch Tauschpartner – als Kunden und Verkäufer. Wo es nur noch Käufer und Verkäufer, aber keine Persönlichkeiten mehr gibt, wird Prostitution zur zwischenmenschlichen Normalbeziehung Zinn, 2001).

Es bedarf keiner ausführlichen Erläuterung, um zu begreifbar zu machen, dass ein Wirtschafts- und Gesellschaftssystem, das permanente Zukunftsunsicherheit hervorruft und große Teile, ja die

Mehrheit der Gesellschaft durch Angst quasi kollektiv neurotisiert, humanen Wertvorstellungen zutiefst widerspricht.
Der skizzierte Befund wird selbstverständlich von denjenigen geleugnet, die ein Interesse am Status quo haben. Viele Talkshow-Gäste, die von Leistung und Leistungsträgern schwadronieren, mit erregter Stimme fordern, Leistung müsse sich wieder lohnen und Lohnempfänger hätten sich zu bescheiden, beziehen exorbitante, leistungslose Einkommen. Dass der Abbau von Tausenden von Arbeitsplätzen und Milliardenverluste unternehmerischen Fehlentscheidungen Spitzenmanagern geschuldet sind, wird in dem Meinung machenden Palaver bestenfalls am Rande thematisiert (Soldt, 2005; eine amüsante Polemik hierzu: Rossum, 2004).

3. These: „Die herrschende Lehre ist die Lehre der Herrschenden"

Kapitalistische Unternehmen sollen höchstmöglichen Gewinn erzielen. Dieser Zielfunktion werden alle anderen Normen untergeordnet, eben auch die humanistischen Normen der Menschenwürde und der sozialökonomischen Gerechtigkeit. Die zielgerechte Frage des Managements eines kapitalistischen Unternehmens lautet: Was ist gut für den Gewinn? Und nicht etwa: Was ist gut für die Menschen? Den Sachverhalt so einfach darzustellen, mag ein wenig naiv erscheinen, aber es ist doch eine Tatsache, dass die Folgen des gewinnwirtschaftlichen Handelns für die betroffenen Menschen nur insoweit beachtet werden, als dafür Opportunitätsüberlegungen sprechen. Die kluge, human maskierte Rücksichtnahme auf mögliche Widerstände, die dem Gewinnstreben abträglich sein könnten, ist eben nur Ausfluss der Profitlogik; mit der normativen Eigenständigkeit humanistischer Normen hat das wenig zu tun.
In der Rechtfertigungsrhetorik der gewinnwirtschaftlichen Ökonomie wird jener faktische Widerspruch zwischen kapitalistischer Zielfunktion und dem Anspruch auf Humanität umgedeutet. Umgedeutet zur harmonischen Komplementarität. Gewinnmaximierung sichere den Bestand des Unternehmens und schaffe oder erhalte Arbeitsplätze. Der schwarze Peter geht dann an die abhängig Beschäftigten. Sie verhielten sich falsch; sie seien unflexibel und bequem; ihre Ansprüche seien zu hoch; es fehle an Eigenverantwortung und der Bereitschaft zur Eigenvorsorge usw. Nicht die Verhältnisse seien inhuman, nicht die sozialökonomischen Strukturen reformbedürftig, sondern die Menschen müssten sich anpassen. Mehr Bescheidenheit, mehr Anpassungsbereitschaft, mehr Flexibilität sei das Gebot der Stunde. Das übersetzt sich dann konkret in Lohnzurückhaltung, Abbau sozialer Sicherung, verstärkte Einkommensspreizung, d. h. mehr für die Reichen und sehr Wohlhabenden einerseits und weniger für die Normalverdiener und Armen. Es ist paradox: die Maßhalteappelle werden stets von denen verkündet, die davon nicht betroffen sind. Wenn die Reichen und Mächtigen den Armen Bescheidung und Bescheidenheit predigen, geht es nicht um Wahrheit und realistische Notwendigkeiten, sondern um pure Herrschaftsideologie.

Wer über Macht verfügt, hat es auch leichter, seine Sicht der Welt allgemein verbindlich zu machen. Das gelingt im Zeitalter der digitalen Massenkommunikation eher noch wirksamer als des Dampfradios. Die Propagandatechniken sind immer raffinierter, die medialen Systeme der Beeinflussung immer dichter und verführerischer geworden, so dass diejenigen, denen Bescheidung und Ergebenheit angedient wird, kaum noch kritisch aufbegehren, sondern die bittere Medizin als vermeintlich heilsam schlucken.

Die Massenmedien sind meist keine unabhängigen, strenger Objektivität verpflichteten Institutionen, sondern kapitalistische Unternehmen. Es wäre unlogisch, von ihnen zu erwarten, dass sie ausgewogen Pro und Contra auch dort Information und Meinung vermitteln, wo es um die elementaren Interessen der Besitz- und Machteliten geht. Bei manchen eloquenten Verfechtern der herrschenden Wirtschaftslehre mag es durchaus einen Konflikt zwischen ihrer Intelligenz und ihren existenziellen Abhängigkeiten geben. Wie ein erfolgreicher Strafverteidiger, der an der Unschuld seines Mandaten zweifelt, aber steif und fest für dessen Freispruch ficht, mag auch mancher (Wirtschafts-)Experte geneigt sein, eine schlechte Sache bestmöglich zu verfechten, für die er bezahlt wird.

Der Konkurrenz um Einschaltquoten, der auch die öffentlich-rechtlichen Sendeanstalten unterworfen werden – nämlich von den politisch besetzten Aufsichtsgremien –, sorgt auch dort für Anpassung, wo eigentlich der demokratische Informationsauftrag Vorrang vor allen anderen Ansinnen haben sollte. Die so genannte „Vierte Gewalt", die für eine funktionierende Demokratie unabdingbare Unabhängigkeit der Informationssysteme, wird zur Abdankung genötigt (Leif, 2005). Gewiss, es bleiben publizistische Nischen, aber auch die absolutistischen Monarchen hielten sich ihre Hofnarren . Der Herrschaft der herrschenden Lehre können die geduldeten Widersacher nichts anhaben, selbst wenn sie es wollten.

Die ideologische Vorstellung, das kapitalistische Marktsystem sei die beste aller sozialökonomischen Welten, hat historische Wurzeln. Sie reichen zurück in die deistische Theologie des 17./18. Jahrhunderts. Der Vater der klassischen Nationalökonomie[3], der schottische Moralphilosoph Adam Smith, interpretierte das im 18. Jahrhundert aufsteigende industriekapitalistische Marktsystem als eine Ordnung der „prästabilierten Harmonie" – sozusagen als göttliche Naturgegebenheit. Die freie Marktwirtschaft lenke mit „unsichtbarer Hand" die Gesellschaft in einen Optimalzustand. Es bedürfe weder staatlicher Regelungen noch der Einflussnahme organisierter Interessengruppen, um Harmonie und Gleichgewicht in die Wirtschaftsbeziehungen zu bringen. Im Gegenteil: Interventionen schadeten der „natürlichen" Ordnung. Laissez-faire sei daher die na-

[3] Unter „*klassischer* Nationalökonomie" bzw. „klassischer Schule" wird die namentlich von Adam Smith, David Ricardo und Jean Baptiste Say begründete bzw. popularisierte (alt)liberalistische Wirtschaftstheorie verstanden. Zeitlich überdeckt sie das letzte Drittel des 18. und die beiden ersten Drittel des 19. Jahrhunderts. Danach übernahm die bis

turgemäße Maxime der Wirtschaftspolitik. In der bis heute dominierenden Gleichgewichtsdoktrin der Wirtschaftstheoretiker blieb jene Harmoniemetaphysik aus den Kinderjahren der nationalökonomischen Theorie lebendig. Daher rührt der verbreitete Glaube an die Selbststeuerungsfähigkeit und die autonome Heilswirkung des Marktautomatismus, und dieser Glaube an die dem Markt eingebaute Harmonie bestimmt auch die praktizierte Wirtschaftspolitik.

4. These: Reichtum schafft Armut, und zwar um so mehr, je höher die Arbeitslosigkeit steigt

Das jährliche Wirtschaftswachstum der vergangenen 20 bis 25 Jahre hat sich gegenüber den ersten drei Jahrzehnten nach Ende des Zweiten Weltkriegs etwa halbiert. Jedoch blieben die jährlichen Zuwachsraten auch in der jüngeren Vergangenheit meist positiv. Der gesamtwirtschaftliche Reichtum ist also weiter gestiegen (Schäfer, 2004; Hirschel, 2005). Die wohlhabenden Volkswirtschaften leiden nicht unter einem Reichtumsdefizit, sondern an der unsozialen Verteilung des Reichtums. Wie Tabelle 2 ausweist, konzentriert sich die Vermögensbildung, also die Ersparnis zu fast 70 % auf das reichste Fünftel der westdeutschen Gesellschaft.

Tabelle 2: Verteilung von Einkommen und Vermögen auf die westdeutschen Haushalte im Jahr 1998

Anteile an	Gesamt	Verteilung auf das				
		erste	zweite	dritte	vierte	fünfte
		Fünftel nach dem verfügbaren Einkommen				
Haushalte	100 %	20 %	20 %	20 %	20 %	20 %
Einkommen	100 %	6.8	11.7	16.8	23.6	41.0
Nettovermögen	100 %	3.1	9.2	16.1	25.8	45.8
Vermögensein= kommen	100 %	1.9	7.6	15.2	26.1	49.2
Ersparnis	100 %	- 2.8	2.6	9.7	21.7	68.9

Quelle: Lebenslagen in Deutschland. Der erste Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung, hg. v. Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung, Bd. I: Bericht, Bd.II: Daten und Fakten. Materialband, Bonn , April 2001

Ersparnis bewirkt im ersten Schritt stets Nachfrageausfall. Der Nachfrageentzug würde kompensiert, wenn die Spargelder wieder voll von Kreditnehmern absorbiert und für konsumtive, besser noch investive Ausgaben verwendet würden. Dies war in der Wiederaufbauzeit mit ihrem großen Nachholbedarf der Investoren und Konsumenten nach Ende des Zweiten Weltkriegs auch ge-

heute in der kapitalistischen Wirtschaftstheorie vorherrschende *Neoklassik* das Ruder. Sie bildet die wirtschaftstheoretische Grundlage des gegenwärtigen Neoliberalismus. Vgl. auch Fußnote 2.

schehen. In jüngerer Zeit hat sich aber die Situation grundlegend verändert. Einerseits ist die Ersparnisbildung weiter angestiegen, andererseits fehlt es aber an willigen und leistungsfähigen Kreditnehmern, um das verfügbare Kreditangebot aufzunehmen. Trotz der enormen Kreditnachfrage des Staates sind die Habenzinsen auf einem historischen Tiefstand! Die forcierte Einkommens- und Vermögenskonzentration verstärkt noch das Überangebot an Ersparnissen und vergrößert dadurch das gesamtwirtschaftliche Ungleichgewicht zwischen (zu hoher) Ersparnis und (zu geringer) Nachfrage. – Auch wenn hier nicht auf das Pro und Contra der Staatsverschuldung eingegangen werden kann, so sei doch erwähnt, dass die staatliche Kreditaufnahme der Nachfrageschwäche entgegen wirkt und – was meist geflissentlich verschwiegen wird – die Sparer noch weniger Möglichkeiten fänden, ihr Geld relativ sicher anzulegen, gäbe es keine staatliche Kreditaufnahme.[4]

Die extrem ungleiche Verteilung der Vermögen und Einkommen stellt nicht nur einen sozialethischen Missstand dar, sondern hat, wie dargelegt, die Konsequenz, dass wegen der relativ niedrigen Masseneinkommen, auch die Massennachfrage zu schwach bleibt und deshalb weniger produziert wird, als möglich wäre, wenn die Kaufkraft gleichmäßiger verteilt würde. Es ergibt sich die paradoxe Konstellation, dass wegen der Verteilungsungleichheit, also gerade wegen der starken Reichtumskonzentration auf ein relativ kleines Segment der Gesellschaft, auch die Produktion von Reichtum geringer ausfällt als bei gleichmäßigerer Reichtumsverteilung. Um die Sache zu konkretisieren: Bei nüchterner Berechnung der jährlichen Verluste an Wertschöpfung, also der nicht vollzogenen Produktionsleistungen, die auf die Arbeitslosigkeit zurückzuführen sind, ergibt sich für unser Land eine Größenordnung von mindestens 250 Mrd. € ; es könnten aber auch 400 Mrd. € sein[5]. Das reale Bruttoinlandsprodukt unseres Landes wäre also um einen solchen Betrag *jährlich* größer, wenn wieder annähernd Vollbeschäftigung bestünde. Über die vergangenen Jahrzehnte der Massenarbeitslosigkeit hinweg summierten sich diese Wertschöpfungseinbußen auf Billionen-Beträge in €!

---

[4] Die Staatsverschuldung ist Folge sowohl der unsachgemäßen Steuersenkungen als auch der durch die Arbeitslosigkeit bedingten Einnahmeausfälle einerseits und höherer Transferausgaben andererseits. Die popularisierte Meinung, die Staatsverschuldung belaste die kommende Generation ist irreführend. Erstens kommt es auf die Verwendung der Kredite an. Wenn sie für Infrastruktur (Schulen, Universitäten, Straßen etc.) ausgegeben werden, so wächst der der kommenden Generation vererbte Kapitalstock, d. h. sie übernimmt ein entsprechend wertvolleres Realvermögen. Zweitens stellt die Staatsschuld eine Verschuldung der Gesellschaft an sich selbst dar. Die Schuldtitel werden an die nächste Generation vererbt, d. h. dem Schuldner Staat stehen die privaten Gläubiger gegenüber, die von ihren Eltern Wertpapiere geerbt haben. Drittens sind die realen Produktionsleistungen, die von den öffentlichen Händen (aus Steuern oder Krediten finanziert) *heute* nachgefragt werden, auch von den *heute* lebenden Arbeitskräften zu produzieren. Sollte etwa darauf verzichtet werden, Straßen zu bauen und statt dessen noch mehr Bauarbeiter arbeitslos zu lassen? Viertens liegt die Problematik der Staatsverschuldung nicht in einer unfairen Belastung der künftigen Generation, sondern in der unsozialen Verteilungswirkung: die Zinsen gehen an relativ wenige, die in der Lage sind, staatliche Schuldtitel zu erwerben, aber bezahlt werden die Zinsen aus dem allgemeinen Steueraufkommen, also von Arm und Reich zugleich.

[5] Die relativ große Differenz ergibt sich je nachdem, ob bei Wiederbeschäftigung von Arbeitslosen die gesamtwirtschaftliche Durchschnittsproduktivität oder ein Wert darunter unterstellt wird.

Die Größenordnung dieses jährlichen Verlusts an Volkseinkommen beweist, dass die fundierte Finanzierung der sozialen Sicherungssysteme und anderer gesellschaftlich wichtiger Bereiche wie Bildung, Infrastruktur, Gesundheitswesen, kulturelle Einrichtungen usw. durch die nachfragebedingte Unterauslastung des gesamtwirtschaftlichen Produktionspotentials gefährdet ist und nicht auf Angebotsschwächen beruht. Der wesentliche Grund für diese Unterauslastung besteht eben in der seit Jahren viel zu geringen Zunahme der Massennachfrage am Binnenmarkt; und diese Nachfrageschwäche ist im Kern durch die falsche Einkommensverteilung bedingt. Diese Fehlentwicklung vollzog sich schleichend. Daher kam es auch nicht zu einem abrupten Niedergang wie in der Großen Depression nach 1929, sondern der Weg ins Jammertal der Massenarbeitslosigkeit wurde in den vergangenen zwanzig Jahren zentimeterweise zurück gelegt. Die allmähliche Kumulation des Problembergs verbietet es, einzelne Maßnahmen der Wirtschaftspolitik oder einzelne Regierungen für die Gesamtmisere schuldig zu sprechen. Ohne Richtungsänderung wird die Irrfahrt weiter gehen. Denn auf falschem Kurs verfehlt selbst der geschickteste Segler das Ziel.

5. These: Zutreffende Prognosen bestätigen die Realitätstüchtigkeit einer Wirtschaftstheorie

Der Reichtum in unserem Land wächst, aber große Teile der Gesellschaft erleiden in ihrer Lebensqualität mehr und mehr Einbuße. Dieser auffällige Widerspruch sollte niemandem verborgen bleiben. Dennoch wird dieses Problem nicht mit vollem Bewusstsein wahrgenommen. Ein Grund für die Wahrnehmungssperre liegt in dem Streit über die Ursachen und die sachgerechte Abhilfe der Probleme. Streit zwischen den politischen Strömungen, Streit zwischen Arbeitgebern und Gewerkschaften, Streit auch zwischen den verschiedenen wirtschaftswissenschaftlichen Schulen. Selbst für kritische, theoretisch versierte Laien scheint es fast unmöglich, Durchblick zu gewinnen und das Falsche vom Wahren zu trennen. Alle wissen zwar, dass die Wirtschaft in die Krise schlitterte, dass die Massenarbeitslosigkeit ansteigt, da aber völlig unklar zu sein scheint, wie man in die vertrackte Lage geriet, erinnert man sich auch nicht mehr an den Rückweg. Im Gebäude der Volkswirtschaft sind keine Schilder „Notausgang“ aufgestellt.

Diese diffuse Konstellation gilt es, transparenter zu machen, um die Krisenursachen und die sachgerechten Gegenmaßnahmen zu erkennen. Denn ohne richtige Diagnose der wirtschaftlichen Krisenentwicklung wird auch keine brauchbare Therapie gefunden.

Zum Verständnis der gegenwärtigen Lage der entwickelten kapitalistischen Länder sind einige grundsätzliche Tatsachen in Betracht zu ziehen

- Der Wachstumsprozess verläuft in Schwankungen. Seit der Industriellen Revolution zeigten sich von den ersten Jahrzehnten des 19. Jahrhunderts an regelmäßige Schwankungen, so genannten Konjunkturzyklen

- Mit steigendem Wohlstand wird das weitere Wachstum in immer stärkerem Maße davon abhängig, dass die dank des technischen Fortschritts immens ansteigende Produktionsmenge auch auf entsprechende Nachfrage trifft. Wachstum in reichen Volkswirtschaften wird im Normalfall nicht durch unzureichende Produktionsmöglichkeiten begrenzt, sondern durch die erschlaffende Nachfragedynamik
- Für die Nachfrageentwicklung in reichen Gesellschaften sind folgende Einflussgrößen entscheidend
  - der Massenkonsum, der von der Verfügbarkeit von Masseneinkommen bestimmt wird, was wiederum von der Verteilungsstruktur des Volkseinkommens abhängt
  - die Investitionsnachfrage von privaten und öffentlichen Unternehmen
  - der relative Sättigungsgrad, d. h. ob und wie weit die Haushalte mit den erwünschten langlebigen Konsumgütern (Auto, Wohnung, Haushaltseinrichtung etc.) bereits ausgestattet sind
  - das Angebot neuer für die Konsumnachfrage attraktiver Güter (Produktinnovationen)
  - Produktwerbung im weiten Sinn mit dem Ziel, den Absatz immer wieder gegen den Sättigungswiderstand zu beleben
  - die Nachfrage des Staates nach materiellen und immateriellen Infrastrukturgütern, was wiederum von der Verteilung des Volkseinkommens auf Staat und Private mitbedingt wird
  - die Nachfrage des Auslands nach den Exportprodukten aus inländischer Herstellung

Seit langem ist den Wirtschaftswissenschaftlern bekannt, dass mit steigendem Wohlstand die Nachfrage aufgrund gewisser Sättigungserscheinungen zu einem Wachstumshindernis werden kann.[6] Es wurde auch vorhergesehen, dass die technischen Neuerungen nicht dazu führen würden, dass sich relative Sättigung immer wieder so weit hinausschieben lässt, dass davon keine Wachstumsbegrenzung ausgeht. Umstritten ist bis heute, ob die den Konsum belebenden Kräfte (neue Güter, Werbung etc.) und die tatsächliche, eher nur vermeintliche *Unbegrenztheit der Konsumbedürfnisse* (hierzu: Reuter, 2000) die Sättigungseffekte kompensieren oder ob letztere doch die Oberhand behalten. Je nach Sichtweise werden völlig unterschiedliche beschäftigungspolitische Maßnahmen vertreten – wie dies in der Konfrontation von Angebots- und Nachfragepolitik deutlich wird.

[6] Im 19. Jahrhundert wurde von dem deutschen Ingenieur Hermann Heinrich Gossen (1810 – 1858) das so genannte „Sättigungsgesetz“ (auch: Gesetz vom sinkenden Grenznutzen; Erstes Gossensches Gesetz) (wieder) entdeckt und in mathematischer Form dargestellt. Es geht um die an sich triviale Erkenntnis, dass die meisten, wenn nicht alle Konsumbedürfnisse durch entsprechende Gütermengen gesättigt werden können. Auf das Einkommen übertragen, kann dann auch dort ein abnehmender Grenznutzen angenommen werden.

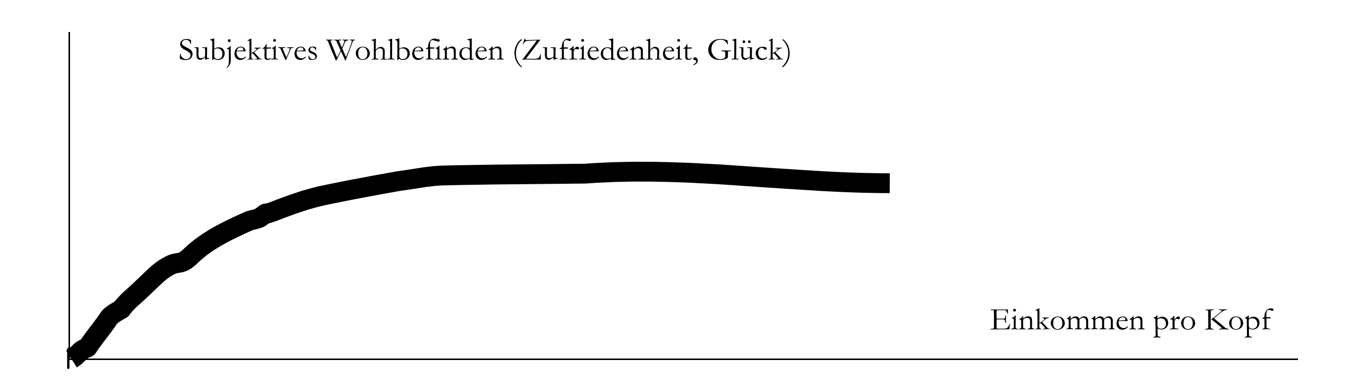
Die Anhänger der Unbegrenztheitsthese setzen auf die Angebotsseite; erhoffen sich von Innovationen und Investitionen die Rückkehr zu hohem Wachstum und hohem Beschäftigungsniveau. Ihre Gegner halten die Konsumbedürfnisse nicht für unbegrenzt, sondern suchen nach Wegen, wie sich dauerhaft niedriges Wachstum mit Vollbeschäftigung vereinbaren lässt. Unter anderem plädieren sie für eine langsame Verminderung der Lebensarbeitszeit.
Wie schon bemerkt, hat es der unvoreingenommene Betrachter schwer, bei solch grundlegenden Meinungsverschiedenheiten zwischen den Wirtschaftswissenschaftlern zu erkennen, welche Position der Wahrheit am nächsten kommt? Doch es gibt eine probate wissenschaftstheoretische Methode, die wir dem Philosophen Karl Raimund Popper verdanken, um zwischen konkurrierenden Theorien die relativ besten zu finden. Poppers Postulat lautet: Entscheide Dich für die Theorie, die in der Lage war, die zuverlässigsten Prognosen zu stellen; und verwirf alle Theorien, die entweder überhaupt keine Prognose zulassen oder aber keine, die von der Realität bestätigt wurde. Auf der Linie dieser wissenschaftstheoretischen Vorgabe soll im folgenden eine (zutreffender: DIE einzig verfügbare) theoretisch fundierte Langfristprognose zur Entwicklung reicher Volkswirtschaften referiert werden. Es geht um eine Prognose, die während des Zweiten Weltkriegs für die Jahrzehnte nach Kriegsende formuliert wurde – und die von der Realität in erstaunlichem Maße bestätigt worden ist.

6. These: Die Wohlstandswirkung steigenden Einkommens stößt an Grenzen und deshalb ist Verteilungsgerechtigkeit wichtiger als Wachstum

Um eine längerfristige Prognose der Wirtschaftsentwicklung zu geben, muss Wirtschaft als ein historisches Phänomen begriffen werden. Es geht dabei nicht zuletzt um die Veränderungen, die durch den Wirtschaftsprozess selbst hervorgerufen werden. Dies betrifft vor allem die Tatsache, dass wirtschaftliche und technische Entwicklungen in einzelnen Bereichen an eine Art Endpunkt gelangen, irgendwann das Reifestadium im Sinn der „mature-economy-Theorie" erreichen. Beispielsweise ist auf hohem Wohlstandsniveau der Bedarf an Nahrungsmitteln praktisch gesättigt. Gleiches spielt sich mehr und mehr selbst bei technisch höherwertigen Konsumgütern ab. Das Rad neu zu erfinden oder die Speichen anders zu verzieren, bringt keine Innovationen hervor. Es sollte somit nicht überraschen, dass auch das gesamtwirtschaftliche Wachstum auf eine Reifephase zuläuft, in der weiterer Zuwachs in größerem Maße weder möglich noch sinnvoll ist. Wie schon mehrmals angedeutet wurde, spielen in diesem Prozess abnehmenden Wachstums die relative Konsumsättigung und somit die Nachfrageseite eine entscheidende Rolle.
Die weitreichende Bedeutung des Phänomens relativer Konsumsättigung verlangt, hierauf ausführlicher einzugehen. Sättigung ist eine Wohlstandserscheinung und somit durchaus positiv zu werten. Doch Sättigung steht unbegrenztem Wachstum entgegen. Daher auch die gelegentliche

Aggressivität, mit der gegen die Befürworter von Wachstumsgrenzen aufgrund der Sättigung polemisiert wird. Sättigung ist im Grunde genommen ein psychologisches Phänomen. Deshalb haben wohl viele Ökonomen, die auf unbegrenztes Wachstums programmiert sind, so große Schwierigkeiten, sich den weitreichenden wirtschaftlichen Auswirkungen der Sättigung zu stellen.
Die wirtschaftliche Bedeutung der Sättigung sei hier am Zusammenhang zwischen Einkommenswachstum und der Zunahme des subjektiven Wohlstands demonstriert. Der Aufstieg aus der Elendssituation auf ein existenziell ausreichendes Einkommensniveau und weiter bis auf eine komfortable Einkommensebene wird von allen Menschen als deutliche Verbesserung ihres Lebensglücks empfunden, wie einschlägige Forschungsarbeiten immer wieder belegt haben. Insofern besteht also eine enge positive Korrelation zwischen Wirtschaftswachstum und dem gesellschaftlichen Glücksniveau. Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) pro Kopf liefert in jener Aufstiegsphase aus der Armut zur auskömmlichen Lebenshaltung einen leidlich brauchbaren Indikator für den Wohlstand einer Gesellschaft. Die Mär von den glücklichen, lachenden Armen ist bestenfalls eine poetisch gefärbte Fehldeutung, eher jedoch Touristenideologie. Doch die positive Korrelation zwischen Einkommen und Lebensglück hat eine kritische Schwelle; wird sie überschritten, dann steigt die subjektive Glückswahrnehmung nicht mehr mit dem Einkommen, wie das Abbildung 1 schematisch wiedergibt (vgl. zum Überblick aus psychologischer Perspektive: Mayring, 1999).

Abbildung 1: Zusammenhang von subjektivem Wohlbefinden und absolutem Einkommen



Wenn der Glücksertrag steigenden Einkommens anscheinend an eine natürliche Grenze stößt, sozusagen ein Sättigungsniveau erreicht wird, stellt sich die grundsätzliche Frage, warum brauchen die hoch entwickelten Volkswirtschaften überhaupt noch Wirtschaftswachstum, warum dieser die Umwelt belastende Wettlauf um immer mehr und immer schneller? Es gibt zwei besonders wichtige Gründe dafür – einen systemischen und einen anthropologischen bzw. psycho-

logischen. Der erste, systemische Grund liegt in der Funktionsweise der kapitalistischen Ökonomie. Sie gerät ohne Wachstum, genauer gesagt: schon bei Wachstumsraten unterhalb des Produktivitätsfortschritts, in Schwierigkeiten, die sich zu einer schweren Krise auswachsen können. Der Kapitalismus wird durch seine innere Verfassung zum Wachstum getrieben und tendiert dazu, weltweit zu expandieren. Stößt dieser Prozess an innere und äußere Grenzen, treten mehr oder weniger schwere und langwierige Krisen ein. Die kapitalistische Krise ist ein zyklisch eintretender Niedergang der gesamtwirtschaftlichen Aktivität. Es kommt zu Arbeitslosigkeit, Verlusten, Kapitalvernichtung und der Unterbrechung der Akkumulation. Doch gerade infolge dieses Niedergangs entstehen Voraussetzungen für einen neuen Aufschwung, wie sich in extremer, perverser Version an dem Nach-*Kriegs*-Wachstum erkennen ließ. Daher wird die Krise von vielen Ökonomen als „Reinigungskrise" bezeichnet. Einer der einflussreichsten Theoretiker des modernen Kapitalismus, der österreichische Nationalökonom Joseph Alois Schumpeter (1883 – 1950), prägte für diese Selbstregeneration der kapitalistischen Ökonomie die Formel von der „schöpferischen Zerstörung": Altes muss immer wieder Neuem weichen, auch wenn damit erhebliche materielle und menschliche Verluste verbunden sind. Schumpeters Formel wird von den Wachstumsfetischisten allzu gern als Legitimation jeglichen Strukturwandels und jeder Art von Neuerung instrumentalisiert. Mit dem Blick auf die Umweltprobleme und auf die Zweifelhaftigkeit der Wohlstandswirkungen weiteren Wachstums ist jedoch Skepsis angebracht, ob jene Fortschritt suggerierende These von der Schöpfung durch Zerstörung heute noch moralisch und wirtschaftlich haltbar ist.

Der zweite Grund für die Wachstumsmanie resultiert aus den Macht-, Prestige- und Demonstrationsbedürfnissen des Menschen. Die Abflachung der Glückskurve gilt nämlich nur für den Fall konstanter *relativer* Einkommen, d. h. wenn alle proportional reicher werden; das ist der sogenannte Fahrstuhleffekt des Einkommenswachstums. Betrifft das Einkommenswachstums hingegen nur wenige oder nur ein einziges Wirtschaftssubjekt – einen Sonnenkönig -, so dass sich der Abstand zu den Anderen vergrößert, dann wird die materielle Besserstellung sehr wohl als Zunahme von Glück bzw. Wohlstand erfahren, weil damit eben Macht- und Prestigegewinne verbunden sind. Wenn nun alle oder auch nur große Teile der Gesellschaft nach mehr Prestige schielen, somit bestrebt sind, ihr Einkommen gegenüber ihren sozialen Vergleichspersonen zu erhöhen, ergibt sich der altbekannte Sachverhalt, dass man und frau sich dem allgemeinen Rattenrennen anschließen.

In dem skizzierten Sachverhalt spielen zwei verschiedene Bedürfnisarten eine Rolle. Der englische Nationalökonom John Maynard Keynes (1883 – 1946) – einer der bedeutendsten, wenn nicht überhaupt der herausragendste Wirtschaftstheoretiker des vergangenen Jahrhunderts – unterschied mit Blick auf die Wohlstandswirkung steigenden Einkommens zwischen *absoluten* und

relativen Bedürfnissen. Die Befriedigung der absoluten Bedürfnisse steigert das Wohlbefinden völlig unabhängig davon, ob es den Mitmenschen ebenfalls besser geht. Es ist sozusagen der Robinson, der bei guter Ernte glücklicher lebt als bei schlechter. Die relativen Bedürfnisse sind hingegen darauf gerichtet, sich den Mitmenschen gegenüber hervorzuheben, ein höheres Einkommens als sie zu erreichen, einen aufwändigeren Konsum zu demonstrieren, kurz gesagt: der Einkommenswunsch zielt auf den *relativen* Abstand. Relative Bedürfnisse können definitionsgemäß nicht für alle befriedigt werden, sondern es liegt gerade in ihrer Natur, dass es – wie beim Lotto oder bei der Olympiade – nur wenige Gewinner und viele Verlierer geben muss. Solange aber alle dabei mitmachen, Hoffnungen auf erste Plätze hegen, werden auch alle nach mehr Einkommen streben, mögen sie auch längst die Sättigungsschwelle ihrer absoluten Bedürfnisse überschritten haben. Der bereits zitierte US-Soziologe Sennett prägte jüngst den Begriff des „Potenz-Konsumenten" (Sennett, 2005), womit der jenem wachsenden Konsumbereich einen Namen gibt, der sich von der konkreten Nützlichkeit, dem Gebrauchswert der Güter, weitgehend gelöst hat.

7. These: Die anhaltende Wachstumsabschwächung und die eskalierenden Beschäftigungsproblem der Gegenwart wurden bereits in den 1940er Jahren, also langfristig vorher gesehen

Die seit etwa 25 Jahren vorherrschende Wirtschaftstheorie, die Neoklassik bzw. die neoliberalistische Gesellschaftslehre, ist eine ahistorische Theorie. Der historische Prozess der Selbstbegrenzung wirtschaftlichen Wachstums und der mögliche Übergang zu einer post-kapitalistischen Gesellschaftsformation spielt in der Realitätswahrnehmung der Neoklassik keine Rolle. Daher enthält diese Theorie auch kein prognostisches Konzept. Vielmehr sieht die Neoklassik immer das gleiche Bewegungsmuster der Konkurrenzwirtschaft: Wachstum ohne Ende; technischer Fortschritt ohne Ende; neue Bedürfnisse ohne Ende usw.

Ganz anders sieht die Theorie des großen Gegenspielers der Neoklassik, des bereits genannten englischen Nationalökonomen John Maynard Keynes aus. Keynes gelangte in der Analyse der Folgewirkungen bestimmter historischer Trends, nämlich der anhaltenden Produktivitätssteigerung durch den technischen Fortschritt und der mit steigenden Einkommen virulent werdenden relativen Sättigung, zu der Vorhersage sinkenden und schließlich ausbleibenden Wachstums. Keynes´ realitätstüchtige Langfristprognose zur Entwicklung des Kapitalismus sei nun kurz referiert (Zinn, 1998).

Im Frühjahr 1943, also während des Zweiten Weltkrieges, hatte Keynes im Auftrag der britischen Regierung eine Vorausschau der Wirtschaftsentwicklung, insbesondere der Beschäftigungslage, für die Jahrzehnte nach Kriegsende erarbeitet (Keynes, 1980/1943; vgl. auch die relevanten Texte

in: Reuter, 1998). Auf der Grundlage seiner Theorie gelangte Keynes zu der Vorhersage, dass sich die Nachkriegsentwicklung in drei Phasen vollziehen würde. In der *ersten Phase* käme es mit der Umstellung auf die Friedenswirtschaft und wegen des Nachholbedarfs bei Investoren und Konsumenten zu einer inflatorischen Übernachfrage. Die Beschäftigung würde rasch ansteigen, und die Wirtschaftspolitik sollte die Ersparnisbildung fördern bzw. den Konsum dämpfen. In der *zweiten Phase* pendele sich auf hohem Beschäftigungsniveau annähernd ein Gleichgewicht von freiwilliger Ersparnis und freiwilliger Investition ein. Die Wirtschaftspolitik brauche nur gemäß des Rezepts der antizyklischen Fiskalpolitik für eine Glättung der Konjunkturschwankungen zu sorgen. Diese Situation kommt den Vorstellungen der Klassiker/Neoklassiker eines durch den Marktmechanismus quasi automatisch herbei geführten Vollbeschäftigungsgleichgewichts recht nahe. Doch dann werde sich in der *dritten Phase* eine relative Konsumsättigung (bei den Haushalten mit höheren Einkommen) einstellen. Die freiwillige Ersparnis auf Vollbeschäftigungsniveau falle unter die freiwillige Investition. Damit tendiert die Gesamtwirtschaft zur Stagnation, d.h. das reale BIP-Wachstum falle dauerhaft unter die Zunahme der Produktivität. Es entsteht eine sich weitende Produktionslücke zwischen Produktionspotential und Nachfrage. Wenn dann problemgerechte beschäftigungspolitische Gegenmaßnahmen ausbleiben, kommt es dauerhaft zu steigender Arbeitslosigkeit. Die Stagnationsphase ist also durch (relative) Nachfrageschwäche charakterisiert – relativ im Verhältnis zu den Produktionsmöglichkeiten bzw. dem Angebot an Arbeitskraft. Zu Beginn der Stagnation steht noch die relative Sättigung als Nachfrage senkende Ursache im Vordergrund. Im Verlauf der weiteren Entwicklung, d.h. mit steigender Arbeitslosigkeit, wird jedoch der Verlust an Masseneinkommen bzw. an Massenkaufkraft mehr und mehr zur Hauptursache der Nachfrageschwäche. Diese Situation ist seit den 1980er Jahren eingetreten.

Wir können konstatieren, dass die realwirtschaftliche Entwicklung der vergangenen 60 Jahre die Keynessche Langfristprognose als zutreffend erwiesen hat. Indirekt werden damit auch die der Prognose zugrunde liegende Keynessche Theorie und deren nachfrageorientierte Beschäftigungspolitik bestätigt. Außer der Tertiarisierungstheorie des Fanzosen Jean Fourastié (1906 – 1990) aus dem Jahr 1949 (Fourastié, 1969), die der Keynesschen Vorhersage weitgehend gleicht, war keine andere Wirtschaftstheorie, insbesondere nicht die Neoklassik[7], in der Lage, eine so wirklichkeitsnahe Vorhersage der tatsächlichen Entwicklung zu geben. Der Keynesianismus hat damit den wissenschaftstheoretischen »Säuretest« vorzüglich bestanden, nämlich auf der Basis theoretischer Kapitalismusanalyse eine richtige Prognose für die langfristig Veränderung der Wachstumskräfte zu stellen.

Die vorstehend referierte Keynessche Prognose und das ihr zugrunde liegende Stagnationstheorem sind bisher weitgehend ignoriert worden. Deshalb zog auch die Wirtschaftspolitik keinen

Nutzen aus jener wissenschaftlichen Erkenntnis. Was unter „Keynesianismus“ *landläufig* verstanden wird, also antizyklische Konjunkturpolitik bzw. konjunkturbezogene Defizitpolitik des Staates, beschneidet die Keynessche Theorie gerade um jene Teile, die für die gegenwärtige Lage erklärungstüchtig und wirtschaftspolitisch brauchbar sind. Die Gründe für die Verdrängung einer derart erklärungstüchtigen Theorie wie Keynes´ Stagnationstheorem können hier nicht erörtert werden, aber es dürften vor allem ideologische Momente dabei mitspielen.

8. These: Vollbeschäftigung ohne Wirtschaftswachstum ist möglich, aber nicht unter den Status-quo-Verhältnissen

Keynes hatte im Zusammenhang mit seiner Stagnationsprognose auch die Richtung beschäftigungspolitischer Maßnahmen aufgewiesen, um trotz Stagnation Vollbeschäftigung zu erhalten. Im wesentlichen geht es um drei Handlungsansätze:

- Erstens: *Ausweitung der öffentlichen Leistungen*; da es sich um eine Daueraufgabe handelt, müssten die öffentlichen Ausgaben auch dauerhaft, d.h. aus Steuern finanziert werden; Stagnation erfordert somit eine höhere Staats- und eine höhere Steuerquote – etwa im Sinn des »Wagnerschen Gesetzes« über die wachsende Ausdehnung der öffentlichen, insbesondere der Staatstätigkeit (ein eindrucksvolles Beispiel für die Verbindung von relativ hoher Staatsquote und vergleichsweise geringer Arbeitslosigkeit liefert Schweden; vgl. Heintze, 2005; Zinn, 2003).
- Zweitens: *Stimulieren »vernünftigen« Konsums und Einschränkung der (freiwilligen) Ersparnis*, um Sparen und Investieren auch auf dem infolge verminderten Wachstums niedrigeren Niveau in Übereinstimmung zu halten, ohne dass dies über eine Beschäftigungskontraktion erfolgt, d.h. ein »Unterbeschäftigungsgleichgewicht« soll vermieden werden.

Da die beiden vorstehenden beschäftigungspolitischen Wege auf Dauer nicht gewährleisten könnten, Vollbeschäftigung und Stagnation miteinander zu vereinbaren, müsste drittens die *Arbeitszeit (schrittweise) reduziert* werden, also eine Absenkung des Arbeitskräfteangebots erfolgen; die Arbeitszeitverkürzung weist auch für das ökologisch legitimierte »Wachstumsverbot« den einzigen Weg, um Vollbeschäftigung und anhaltenden technischen Fortschritt (= Produktivitätszunahmen) in Einklang zu bringen.

Alle drei Vorschläge haben starke verteilungspolitische Konsequenzen:

[7] Vgl. zur historischen Einordnung dieser wirtschaftstheoretischen Schule Fußnote 2.

- Höhere Staatsausgaben erfordern ein entsprechendes Steueraufkommen, das von den relativ *einkommensstarken Haushalten*, die auch eine hohe Sparquote aufweisen (vgl. Tabelle 2), erbracht werden müsste.
- Die Konsumstimulierung betrifft die mittleren und unteren Einkommensschichten, denn nur dort lässt sich noch eine »vernünftige« Konsumsteigerung erreichen; es geht also um eine *gleichmäßigere Einkommens- bzw. Kaufkraftverteilung*.
- Schließlich bedeutet Arbeitszeitverkürzung die *Umverteilung eines schrumpfenden Arbeitsvolumens*; statt unveränderte Arbeitszeiten einerseits und Arbeitslosigkeit andererseits, sollen alle bei reduziertem Arbeitsvolumen pro Arbeitskraft voll beschäftigt bleiben.

Das Keynessche Langfristkonzept verbindet also dauerhaft niedrigere Wachstumsraten (Stagnation) mit anhaltenden Produktivitätszunahmen (rationalisierungswirksamer technischer Fortschritt) und Vollbeschäftigung. Das ist kein Ergebnis automatischer Selbstregulierung des Marktes, sondern erfordert eine gezielte Beschäftigungspolitik, und sie muss die Neuregelung der Verteilungsstruktur unabdingbar mit einbeziehen.

9. Schlussbemerkung

Die vorhergehenden Ausführungen sind selbstverständlich eine Eloge, eine Eloge für das theoretische *Gesamtwerk* von Keynes – nicht für die in den Köpfen der Wirtschaftspolitiker rumorende Krüppelform des „Keynesianismus". Drei Argumente möchte ich zusammenfassend für die Keynessche Politik anführen

1. Sie basiert auf der relativ besten aller verfügbaren Wirtschaftstheorien, was durch die realitätstüchtige Prognoseleistung dieser Theorie belegt wird;
2. Keynes Konzeption ist zukunftsgerecht, da Vollbeschäftigung und dauerhafte Wachstumsminderung nicht nur vereinbar sind, sondern nach wie vor die wohlstandswirksame Nutzung des technischen Fortschritts gewährleisten; an die Stelle des Einkommenswachstums tritt die Reduktion der Lebensarbeitszeit – wie immer das im Detail und unter Berücksichtigung der demographischen Veränderungen umgesetzt wird;
3. Keynes leistet einen wesentlichen Beitrag zur Verwirklichung humanistischer Normen, insbesondere vereinbart er die Forderung nach sozial gerechter Verteilung mit dem Erfordernis, die Produktionsfaktoren voll zu nutzen, also Massenarbeitslosigkeit nicht zuzulassen.

Die Verwirklichung eines reformpolitischen Programms im Sinn der vorgetragenen Überlegungen ist selbstverständlich keine ökonomische, sondern eine politische Aufgabe. Es geht dabei zwar um Wahrheit und Vernunft, aber das Spielfeld wird durch Interessen und Macht ausgerichtet. Doch allein schon die Sachverhalte möglichst vielen Menschen einsichtig zu machen, steigert die Chance, dass es zu den gesellschaftlich notwendigen Reformen kommen wird. Nicht zuletzt kommt es dabei darauf an, sich dem machttaktischen Manöver des „divide et impera" zu erwehren, sich nicht - trotz gemeinsamer Interessen - in eine hilflose Schar egoistisch verblendeter Einzelkämpfer spalten zu lassen, sondern die gemeinsamen Interessen auch gemeinsam zu vertreten. Dass dazu nicht nur Aufklärung und sachliche Einsicht gehört, sondern auch so etwas wie Charakter, sollte nicht aus dem Blick geraten.

Anhänge

Tabelle: A1
Differenzen der Lebensqualität zwischen entwickelten kapitalistischen Ländern

Land	Human Development	Human Poverty (Rangplatz)
1 Norwegen	0.956	7.1 (2)
2 Schweden	0.946	6.5 (1)
3 Australien	0.946	12.9 (14)
4 Kanada	0.943	12.2 (12)
5 Niederlande	0.942	8.2 (3)
6 Belgien	0.942	12.4 (13)
7 Island	0.941	---
8 USA	0.939	15.8 (17)
9 Japan	0.938	11.1 (10)
10 Irland	0.936	15.3 (16)
11 Schweiz	0.936	---
12 UK	0.936	14.8 (15)
13 Finnland	0.935	8.4 (4)
14 Österreich	0.934	----
15 Luxemburg	0.933	10.5 (7)
16 Frankreich	0.932	10.8 (8)
17 Dänemark	0.932	9.1 (5)
18 Neuseeland	0.926	---
19 Deutschland	0.925	10.3 (6)
20 Spanien	0.922	11.0 (9)
21 Italien	0.920	11.6 (11)
22 Israel	0.908	-----
………..		
177 Sierra Leone	0.273	-----

Humand Development Index: Lebenserwartung, Bildungsniveau, Pro-Kopf-Einkommen,
Human Poverty Index: Bevölkerungsanteil mit einer Lebenserwartung unter 60 Jahren; funktionaler Analphabetismus; Langzeitarbeitslosigkeit; Bevölkerungsanteil unter der Armutsschwelle
Quelle: Bericht über die menschliche Entwicklung 2004, Berlin 2004, S.177 ff.

Tabelle: A 2

	Indexwerte (Rangplätze) der Länder:			
	BRD	Schweden	USA	VR China (T=Taiwan)
Machtdistanz	**35** (42/44)	**31** (47/48)	**40** (38)	T: 58 (29/30)
Individualität	**67** (15)	**71** (10/11)	**91** (1)	T: 17 (44)
Maskulinität	**66** (9/10)	**5** (53)	**62** (15)	T: 45 (32/33)
Unsicherheits-vermeidung	**65** (29)	**29** (49/50)	**46** (43)	T: 69 (26)
Langfrist-Orientierung	**31** (14)	**33** (12)	**29** (17)	**118** (1)

Quelle: G. Hofstede, Lokales Denken, globales Handeln. Interkulturelle Zusammenarbeit und globales Management, 2. A., München 2001, S. 31, 70f., 117f., 160, 238.

Literaturangaben

Arbeit und Ökologie, 2000, Verbundprojekt: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung; Wuppertal Institut für Klima, Umwelt, Energie; Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung, gefördert von der Hans-Böckler-Stiftung (Projekt Nr. 97-959-3), Berlin/Wuppertal April 2000.

Armut 2001, Weltentwicklungsbericht 2000/2001. Bekämpfung der Armut, veröffentlicht für die Weltbank, Bonn.

Bäcker, 2005, Gerhard, Umfinanzierung der Sozialversicherung: Lösung der Beschäftigungs- und Finanzierungskrise?, in: WSI-Mitteilungen, Jg. 58, H 7, S. 355-361.

Bundesbank, 2005, Deutsche ~, Monatsbericht, Jg. 57, Nr. 5 (Mai), Frankfurt/M.

Camerer, 2005, Colin/Loewenstein, George/Prelec, Drazen, Neuroeconomics: How Neuroscience Can Inform Economics, in: Journal of Economic Literature, Jg. XLIII, No.1, S.9-64.

Duhm, 1972, Dieter, Angst im Kapitalismus. Zweiter Versuchder gesellschaftlichen Begründung zwischenmenschlicher Angst im Kapitalismus, 2. A., Lampertheim.

Durkheim, 1988, Emile, Über soziale Arbeitsteilung. Studie über die Organisation höherer Gesellschaften, 2. A., Frankfurt/M.

Fourastié, 1969, Jean, Die große Hoffnung des 20. Jahrhundert, 2. A.,Köln.

Gamm, 2001, Gerhard/Hentzel, Andreas/Lilienthal, Markus, Hauptwerke der Sozialphilosophie, Stuttgart.

Geyer, 2004, Christian, Hg., Hirnforschung und Willensfreiheit. Zur Deutung der neuesten Experimente, Frankfurt/M.

Heintze, 2002, Cornelia, Die Zukunfts-Blockade, BSE, Armut, Terrorismus – Warum in der Gesellschaft kollektives Vorsorgelernen misslingt, Berlin.

Heintze, 2005, Cornelia, Das skandinavische Erfolgsmodell und sein kulturelles Fundament – eine Annäherung, in: Arbeit, 14. Jg, Heft 3, S. 221-237.

Hirschel, 2005, Dierk, Einkommensreichtum und seine Ursachen, in: WSI-Mitteilungen, Jg.58, H 2, S. 104-112.

Hofstede, 2001, Geert, Lokales Denken, globales Handeln. Interkulturelle Zusammenarbeit und globales Management, 2. A., München.

Johnson, Chalmers, 2000, Ein Imperium verfällt. Wann endet des das Amerikanische Jahrhundert, 2000.

Kalecki, 1974, Michal, Politische Ökonomie der Vollbeschäftigung (1943), in: Frey, Bruno S./Meissner, Werner, Hg., Zwei Ansätze der Politischen Ökonomie. Marxismus und ökonomische Theorie der Politik, Frankfurt a. M., S. 176-185.

Kenway, 1980, Peter, Marx, Keynes and the Possibility of Crisis, in: Cambridge Journal of Economics, Bd. 4, S.23-36.

Keynes, 1980/1943, John Maynard, The Long-Term Problem of Full Employment, in: The Collected Writings of ~, Bd 27, London-Basingstoke, 1980, S.320-325.

Keynes, John Maynard, The Collected Writings of ~, 30 Bde., London-Basingstoke, 1972 ff.

Lebenslagen, 2001, in Deutschland. Der erste Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung, hg. v. Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung, Bd. I: Bericht, Bd. II: Daten und Fakten. Materialband, Bonn , April 2001

Leif, 2005, Thomas, Dienstleister oder Aufklärer? Gefahren für die „Vierte Gewalt“, in: Vorgänge. Zeitschrift für Bürgerrechte und Gesellschaftspolitik, Nr. 169 (Qualitätsjournalismus in der Krise), März 2005, S.34 – 48.

Lenk, 2005, Kurt, Das Elend des Anti-Utopismus, in: Neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte 4/2005, S.33-38.

Lilienthal, 2001, Markux, Emile Durkheim: Über soziale Arbeitsteilung. Studie über die Organisation höherer Gesellschaften (1893); IN: Gamm, 2001, S.57-71.

Mayring, 1999, Philipp, Lehren der neueren Psychologie für die Ökonomie: Welchen Stellenwert hat die Ökonomie für das menschliche Lebensglück wirklich?, in: A. Bellebaum/H. Schaaff/K. G. Zinn unter Mitarbeit von Hella Hoppe, Hg., Ökonomie und Glück. Beiträge zu einer Wirtschaftslehre des guten Lebens, Opladen/Wiesbaden, S.157-169.

Menschliche Entwicklung, 2004, Bericht über die ~. Kulturelle Freiheit in unserer Welt der Vielfalt, Berlin.

Müller-Armack, 1966, Alfred, Wirtschaftsordnung und Wirtschaftspolitik. Studien und Konzepte zur Sozialen Marktwirtschaft und zur Europäischen Integration, Freiburg im Br..

Neckel et al., 2005, Sighard/Dröge, Kai/Somm, Irene, Das umkämpfte Leistungsprinzip – Deutungskonflikte um die Legitimation sozialer Ungleichheit, in: WSI-Mitteilungen, Jg. 58, H 7, S.368-374.

Preiser, 1933, Erich, Grundzüge der Konjunkturtheorie, Tübingen.

Reuter, 1988, Norbert, Wachstumseuphorie und Verteilungsrealität. Wirtschaftspolitische Leitbilder zwischen Gestern und Morgen, mit Texten zum Thema von John Maynard Keynes und Wassily W. Leontief, Marburg.

Reuter, 2000, Norbert, Ökonomik der »Langen Frist«. Zur Evolution der Wachstumsgrundlagen in Industriegesellschaften, Marburg.

Rossum, 2004, Walter van, Meine Sonntage mit „Sabine Christiansen“. Wie das Palaver uns regiert, 5. A., Köln.

Schäfer, 2004, Claus, Mehr soziale Ungleichheit – weniger ökonomischer Erfolg. Zur Verteilungsentwicklung in 2003 und den Vorjahren, in: WSI-Mitteilungen, Jg. 57, H 11, S.583-595.

Sennett, 2005, Richard, Die KULTUR des neuen KPITALISMUS, Berlin.

Skidelsky, 2oo3, Robert, John Maynard Keynes. Vol. 1 – Hopes Betrayed; Vol. 2 – The Economist as Saviour; Vol. 3 – Fighting for Britain, London – Basingstoke – Oxford 1983/1992/ 2000; derselbe, John Maynard Keynes 1883 – 1946. Economist, Philosopher, Statesman, London – Basingstoke – Oxford 2003.

Soldt, 2005, Rüdiger, Die Zukunft des politischen Journalismus. *Policy*-Analysen versus Boulevardisierung, in: Vorgänge. Zeitschrift für Bürgerrechte und Gesellschaftspolitik, Nr. 169 (Qualitätsjournalismus in der Krise), März 2005, S.30 – 33.

Trompenaars, 1993, Fons, Handbuch Globales Managen. Wie man kulturelle Unterschiede im Geschäftsleben versteht, Düsseldorf-Wien-New York-Moskau.

Weber, 1920, Alfred, Prinzipielles zur Kultursoziologie: Gesellschaftsprozeß, Zivilisationsprozeß und Kulturbewegung, in: Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik, 47, S. 1 – 49.

Weber, 1931/1959, Alfred, Kultursoziologie, in: Vierkandt, Alfred, (Hg.), Handwörterbuch der Soziologie, unveränderter Nachdruck, Stuttgart, S. 284 – 294 (wieder abgedruckt in: Dreitzel, Hans Peter, (Hg.), (1972); Sozialer Wandel. Zivilisation und Fortschritt als Kategorien der soziologischen Theorie, 2. A., Neuwied-Berlin, S.239 – 244).

Zinn, 1979, Karl Georg, Die pessimistischen Ökonomen. Lehrgeschichtliche Anmerkungen zum Problem von Vollbeschäftigung und Stagnation, in: Winkel, H./Zinn, K. G., Hrsg., Probleme der wirtschaftspolitischen Praxis in historischer und theoretischer Sicht, Festgabe für Antonio Montaner, Herne-Berlin, S. 157-174.

Zinn, 1986, Karl Georg, Arbeit, Konsum, Akkumulation. Versuch einer integralen Kapitalismusanalyse von Keynes und Marx, Hamburg.

Zinn, 1988, Karl Georg, Staat und Wirtschaftsordnung im Denken Keynes´, in: Ökonomie und Gesellschaft. Jahrbuch 6: Die Aktualität keynesianischer Analysen, Frankfurt a. M. – New York, S. 148-177.

Zinn, 1992, Karl Georg, Soziale Marktwirtschaft. Idee, Entwicklung und Politik der bundesdeutschen Wirtschaftsordnung, Mannheim u.a.

Zinn, 1993, Karl Georg, Keynes »fundamentales psychologisches Gesetz« und dessen Vorwegnahme von Lujo Brentano, in: Zeitschrift für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften, Bd. 113, S.447-459.

Zinn, 1994, Karl Georg, Die Wirtschaftskrise. Wachstum oder Stagnation. Zum ökonomischen Grundproblem reifer Volkswirtschaften, Mannheim u. a..

Zinn, 1998, Karl Georg, Die Langfristperspektive der Keynesschen Wirtschaftstheorie, in: Das Wirtschaftsstudium, Jg. 27, Aug./Sept., S. 926-935.

Zinn, 1999, Karl Georg, Bedürfnisse als Basis des Wirtschaftens - Entwicklung im sozialökonomischen Denken und Bedeutung für eine neue ökonomische Wissenschaft, in: A. Bellebaum/H. Schaaff/K. G. Zinn unter Mitarbeit von Hella Hoppe, Hg., Ökonomie und Glück. Beiträge zu einer Wirtschaftslehre des guten Lebens, Opladen/Wiesbaden, S. 124-156.

Zinn, 2001, Karl Georg, Der verkaufte Mensch. Über Sein und Sollen des Wirtschaftens im Kapitalismus, in: Rudolf Hickel/Frank Strickstrock, Hg. Brauchen wir eine andere Wirtschaft? Reinbek bei Hamburg, S. 90-113.

Zinn, 2003, Karl Georg, Die Zukunft eines qualitativen Keynesianismus in Europa, in: Arbeit, 4/2003, S. 277-294.

Zinn, 2004, Karl Georg, Wie Reichtum Armut schafft. Verschwendung, Arbeitslosigkeit und Mangel, 3. A., Köln.